

DEMOKRATIEN IN GEFAHR – DIE KARIBIK UNTER VENEZOLANISCHEM EINFLUSS

Andreas Zenthöfer

DIE GESCHICHTE DER ENGLISCHSPRACHIGEN KARIBIK

Die postkoloniale Geschichte der englischsprachigen Karibik¹ ist eine Geschichte gegensätzlicher Bewegungen in Richtung Integration auf der einen und Auflösung auf der anderen Seite. Im Unterschied zu anderen Inselregionen in der Welt (wie die Philippinen oder Indonesien), entwickelte sich die Karibik nicht zu einer vereinten Region unter einer zentralen Regierung. Es gibt eine Reihe politischer und kultureller Gründe, die zu der Situation geführt haben, die wir seit der Entkolonialisierung beobachten.

Viele der Inseln haben ihr „Mutterland“ seit dem 15. Jahrhundert viele Male gewechselt, beginnend mit den Spaniern als den allmächtigen Herrschern und einer großen Zahl (vor-



Andreas Zenthöfer promoviert seit 2007 in Volkswirtschaft an der Universität Tilburg (Niederlande). Zwischen 2002 und 2007 machte er an der Universität St.Gallen (Schweiz) die Abschlüsse als Bachelor und Master in Volkswirtschaftslehre, während dieser Zeit absolvierte er ein Auslandssemester an der University of the West Indies (Trinidad and Tobago). Seitdem beobachtet er die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der Karibik.

1 | Die englischsprachige Karibik umfasst die souveränen Staaten Antigua und Barbuda, die Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Jamaika, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago sowie die überseeischen Territorien Montserrat, Anguilla, die Britischen Jungferninseln, die Kaimaninseln sowie die Turks- und Caicosinseln. Die englischsprachige Karibik schließt ebenso Länder ein, die auf dem amerikanischen Doppelkontinent liegen (Belize und Guyana), und schließt teils Gebiete in der Karibik aus, in denen Englisch gesprochen wird (die US-amerikanischen Jungferninseln). Die „englischsprachige Karibik“ ist weniger ein geographischer als vielmehr ein politischer und kultureller Begriff, der seinen Niederschlag beispielsweise in der CARICOM-Mitgliedschaft findet.

Die Geschichte der englischsprachigen Karibik ist bewegt und heterogen. Spanische Kolonialherren haben Spuren hinterlassen, aber auch die Herrschaft anderer Mächte, die wirtschaftliche Ausplünderung und der Sklavenhandel. Versuche einer regionalen Integration gab es viele, doch sie führten, so etwa die 1958 gegründete Westindische Föderation, nicht weit. Mehr Glück brachten spätere Initiativen einer wirtschaftlichen Kooperation: CARIFTA, CARICOM, Single Market und CARICOM-Pass waren bzw. sind durchaus Erfolge. Heute drohen die Länder der Region in die Abhängigkeit von venezolanischen Öllieferungen zu geraten, würden doch die Konditionen des vom Linkspopulisten Chávez initiierten Projekts *Petrocaribe* die Vertragspartner für Jahrzehnte binden. Der Westen und Europa sollten die Länder der englischsprachigen Karibik wieder in den Blick nehmen und ihnen helfen, die anstehenden Probleme zu lösen, und sie davor bewahren, sich und ihre Zukunft an das Regime in Caracas zu verkaufen.

wiegend europäischer) Länder, die bemüht waren, ihr „Stück vom Kuchen“ zu bekommen, was zu Jahrhunderte währenden Schlachten, Rückgabeforderungen und politischer Instabilität führte.

Die neuen Siedler scherten sich nicht um die alten, auf einigen der Inseln noch bestehenden Kulturen, mit der Folge einer Ausrottung nahezu des gesamten vorkolonialen Lebens auf den Inseln im Karibischen Becken. Die europäischen Siedler gründeten Gesellschaften, die auf Landwirtschaft (z.B. Zuckerrohr) basierten, wobei sie für den Export in ihre Heimatländer zunächst afrikanische Sklaven und später billige Vertragsarbeiter nutzten. Sie hatten nicht die Absicht, breit gefächerte Wirtschaften mit modernen Institutionen aufzubauen, sondern legten den Schwerpunkt auf den Anbau von „cash crops“ (schnellen Gewinn bringende Ernteerträge, A.d.Ü.) unter Nutzung billiger Arbeitskraft. Neben ihrem Eigenbedarf an Sklaven war die Region auch ein wichtiger Durchgang für nach Nordamerika überführte afrikanische Sklaven. Nach der Abschaffung der Sklaverei im Britischen Empire (der seinerzeit größten Macht in der Region) 1834 gewann man billige Arbeit durch die Einfuhr vorwiegend aus Indien stammender Arbeiter. Wenn diese offiziell auch freie Menschen waren, so lebten sie doch unter Bedingungen, die der Sklaverei vergleichbar waren. Derlei systematische Ausbeutung trug dazu bei, den Status quo der Karibik als Brotkorb für Europa zu verlängern, das so mit exotischen, aber relativ billigen Erzeugnissen versorgt wurde.

Seit damals ist die politische Entwicklung äußerst unterschiedlich verlaufen, wobei Haiti ein Beispiel für eine sehr frühe Kolonisierung ist und eine Reihe abhängiger Territorien (Aruba, Martinique, die Jungferninseln usw.) nach wie vor unter kolonialer Herrschaft stehen.

Angesichts der Existenz von Territorien unter verschiedener Herrschaft war es schwierig, die Idee einer karibischen Integration voranzutreiben, doch es wurden Schritte unternommen, dieser Idee innerhalb bestimmter Inselgruppen zum Durchbruch zu verhelfen. Wenngleich es für Territorien mit einer geringen Einwohnerzahl logisch erscheint, auf Integration hinzuarbeiten und in bestimmten Feldern zu kooperieren, war Integration niemals eine leichte Aufgabe in der Karibik, so wie wir es derzeit erneut auf den Niederländischen Antillen und Aruba beobachten.

Die englischsprachige Karibik unternahm ihre ersten Versuche einer Integration noch unter britischer Herrschaft. Der britische Außenminister Edward F. L. Wood erkundete 1922 die Chancen für eine Vereinigung der britischen Karibik-Territorien und kam zu dem Schluss, dass diese Option, wenn gleich erwägenswert, mit Blick auf den Widerstand der Völker nicht zu realisieren sei.

Obschon regionale Führer versuchten, Schritte in Richtung einer Integration der Inseln zu unternehmen, so endeten diese doch alle, ohne nennenswerte Spuren zu hinterlassen. Der letzte und bis dahin ambitionöseste Versuch in dieser Richtung war die Gründung der „Westindischen Föderation“.

Die Westindische Föderation wurde 1958 ins Leben gerufen und bestand aus verschiedenen (wenn auch nicht allen) britischen Kolonien in der Region. Die karibischen Führer wollten ihre Chancen verbessern, die volle Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich zu erlangen. Und dieses wiederum sah die Föderation als einen leichten Weg, einer großen Zahl von Territorien die Unabhängigkeit zu gewähren. Noch musste sich das Vereinigte Königreich vom Zweiten Weltkrieg erholen und betrachtete seine karibischen Kolonien mehr als finanzielle Belastung denn als strategische Position – dies zumal, seitdem die USA ihren Einfluss ausgebaut hatten und zur bedeutendsten Macht in der Region geworden waren.

Die Westindische Föderation umfasste die beiden Regionalmächte Jamaika und Trinidad und Tobago sowie ein Zahl kleinerer Territorien (die Turks- und Caicosinseln, die Bahamas, Antigua und Barbuda, Saint Christopher-Nevis-Anguilla (heute Saint Kitts und Nevis sowie Anguilla), Montserrat, Saint Lucia, Dominica, Saint Vincent und die Grenadinen, Barbados und Grenada).

Die Föderation wurde bereits 1962 aufgelöst, ohne die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich erlangt zu haben. Obwohl viele Gründe zu diesem schnellen Ende führten, so waren deren wesentliche doch Nationalismus und fehlender politischer Wille zur Aufrechterhaltung der Föderation. Vor allem Jamaika fühlte sich unterrepräsentiert, wurde oft übergangen und verließ die Föderation 1962 mit dem Ziel, ein unabhängiger Staat zu werden. Der Umstand, dass Jamaika die Unabhängigkeit außerhalb der Föderation gewährt wurde,

machte es für diese nicht leichter, war sie doch angetreten, die Entkolonisierung zu fördern.

Kurz nach dem Austritt Jamaikas beschloss auch Trinidad und Tobago, auf eigene Faust die Unabhängigkeit zu suchen, so dass die Föderation nun ohne ihre finanziellen Hauptbeitragszahler dastand.

Die allein in der Föderation verbliebenen „Kleinen Acht“ waren nicht im Stande, den Integrationsprozess fortzuführen. Entweder begaben sie sich auf den Weg in die Unabhängigkeit (beginnend mit Barbados 1966) oder sind nach wie vor überseeische Territorien des Vereinigten Königreichs.

Der Kollaps der Westindischen Föderation führte zu einem Wandel im Denken über Integration in der Karibik. Von einer politischen Union hin zu einem der europäischen Integration ähnlicheren Ansatz übergehend, beschloss die Länder der Region einen Weg der kleinen Schritte.

Der Kollaps der Westindischen Föderation führte zu einem Wandel im Denken über Integration in der Karibik. Von einer politischen Union hin zu einem der europäischen Integration ähnlicheren Ansatz übergehend, beschloss die Länder der Region einen Weg der kleinen Schritte in Richtung Integration. Die Westindische Schifffahrtskooperation und die Konferenz

für Gemeinsame Dienstleistungen wurden, obgleich als Teil der Föderation gegründet, nach 1962 am Leben erhalten. Im gleichen Jahr wurde der Karibische Meteorologische Dienst gegründet. Gemeinsam mit der Westindischen Universität bildeten diese Organisationen nach dem Zerfall der Föderation den Kern der Zusammenarbeit in der Region.²

Kurz nach der Auflösung regte Trinidad und Tobago den Aufbau einer Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft an, die nicht nur die früheren Föderationsmitglieder, sondern alle Inseln in der Karibik (einschließlich der abhängigen Territorien) und die Guyanas umfassen sollte.

In den Folgejahren stellte sich heraus, dass dieser Weg erfolgreicher war als die Idee einer politischen Vereinigung. Die Organisation Ostkaribischer Staaten und ihr Ostkaribischer Dollar³, die Freihandelsvereinigung der Karibik (CARIFTA),

2 | Wenn auch im politischen Sinne weniger bedeutend, ist das Westindische Cricket-Team heute wahrscheinlich der sichtbarste Ausdruck der karibischen Integration.

3 | Der Ostkaribische Dollar ist die De-facto-Währung der Mitgliedsstaaten der Organisation Ostkaribischer Staaten, wobei allenfalls die Britischen Jungferninseln den US-Dollar an seiner Statt verwenden.

die Karibische Entwicklungsbank und andere Einrichtungen mehr sind Beispiele für auf dieser Idee beruhende Institutionen.

1972 beschlossen die CARIFTA-Mitgliedstaaten, die Karibische Gemeinschaft und den Karibischen Gemeinsamen Markt zu lancieren, die beide das Akronym CARICOM benutzen. Seit diesem Zeitpunkt ist die CARICOM der ambitionierteste Vorstoß in Richtung Integration in der englischsprachigen Karibik, wobei Wirtschaftsthemen in den Vordergrund gerückt wurden, größere Bemühungen hin zu einer politischen Integration aber unterblieben. Zwar haben diese Fragen stets die Agenda bestimmt, doch zu einem nennenswerten Fortschritt auf dem Gebiet ist es nicht gekommen.

CARICOM – INTEGRATION OHNE FÖDERATION

Mit den Jahren hat sich die Karibische Gemeinschaft zu einer regionalen internationalen Organisation entwickelt, die 15 Voll- und fünf assoziierte Mitglieder umfasst.⁴ Obwohl ursprünglich englischsprachig, wurde sie mit der Übernahme des niederländisch- bzw. papiamentosprachigen Suriname 1995 sowie des französisch- und kreolischsprachigen Haiti 2002 vielsprachig.

Die Karibische Gemeinschaft hat sich zu einer regionalen internationalen Organisation entwickelt, die 15 Voll- und fünf assoziierte Mitglieder umfasst.

Der ursprüngliche Vertrag von Chaguaramas,⁵ der die Karibische Gemeinschaft 1973 begründete, stand im Zeichen von „Vollbeschäftigung und verbesserten Arbeits- und Lebensstandards“⁶ durch die Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten. Ein größerer Teil des Vertrags betraf den Aufbau des Karibischen Gemeinsamen Marktes, der als sein eigener Rechtskörper geführt wurde und es so möglich machte, einer der Abmachungen beizutreten, ohne sich an die anderen zu bin-

4 | Vollmitglieder: Antigua und Barbuda, die Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat (VK-Territorium), Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago. Assoziierte Mitglieder: Anguilla, Bermuda, die Britischen Jungferninseln, die Kaimaninseln, die Turks- und Caicosinseln (allesamt VK-Territorien).

5 | Tatsächlich wurde der Vertrag in der gleichen Stadt unterzeichnet, die als Hauptstadt der unabhängigen Westindischen Föderation geplant war. Ob dies als ein gutes Omen hätte gesehen werden dürfen, steht zur Debatte.

6 | Vertrag, der die Karibische Gemeinschaft 1973 begründete.

den. Nur die Bahamas haben diese Gelegenheit genutzt, indem sie der CARICOM beigetreten sind, ohne Teil des Gemeinsamen Marktes zu sein.

In Artikel 4 des Vertrags setzt die Gemeinschaft ihre Ziele fest, welche da sind

- wirtschaftliche Integration;
- Stärkung von Handel und Entwicklung;
- Effektivitätssteigerung im Handel mit anderen Staaten und internationalen Organisationen;
- Koordinierung der Außenpolitik;
- Vertiefung der Kulturbeziehungen innerhalb der Gemeinschaft.

Wenn die teilnehmenden Länder auch den Karibischen Gemeinsamen Markt gründeten, so lag der Schwerpunkt der Karibischen Gemeinschaft doch auch auf der wirtschaftlichen Integration. Nur ein kleiner Teil des Vertrags behandelte die politische Integration, und dieser Teil wurde niemals durch Initiativen der Gemeinschaft selbst oder ihrer Mitgliedstaaten mit Leben gefüllt. Die Erfahrungen der Föderation ließen Sorgen aufkommen, gaben aber keinen Platz für Hoffnung oder den Willen zur politischen Integration.

In der Folgezeit nahm die Gemeinschaft eine Entwicklung, die 2001 zum revidierten Vertrag von Chaguaramas führte, die Verbindungen zwischen ihren Mitgliedern vertiefte und den

Weg für den *Single Market and Economy* der CARICOM (CSME) bereitete. Mit einer Struktur, die einer nationalen Regierung näher stand und die einen legislativen, exekutiven und jurisdiktionellen Arm umfasste, machte die CARICOM Fortschritte in Richtung einer demokratischeren und transparenteren internationalen Organisation.

Mit einer Struktur, die einer nationalen Regierung näher stand und die einen legislativen, exekutiven und jurisdiktionellen Arm umfasste, machte die CARICOM Fortschritte in Richtung einer demokratischeren und transparenteren internationalen Organisation.

Eine Hauptidee war die, auf die Globalisierung und das Ende des Kalten Kriegs zu reagieren. Hierbei sollte ein gemeinsamer Markt quer durch die Karibik errichtet werden, mit dem Ziel eines intensiven Handels auf der Grundlage eines leichteren Transfers von Maklern und Gütern. Zudem hilft der gemeinsame Markt im Geschäft mit anderen Handelsblöcken wie etwa der Europäischen Union. Beide Einrichtungen haben unlängst ein Freihandelsabkommen unterzeichnet; ein Erfolg,

der nicht zuletzt der Existenz des *Single Market and Economy* der CARICOM zu danken ist.

Über zehn Jahre (1989–2001) haben Vertreter aller Mitgliedstaaten an der Revision des Vertrags gearbeitet, um in einer großen Zahl von Punkten zu einer Einigung zu kommen, wie etwa

- dem freien Transfer von Waren und Dienstleistungen;
- der freien Gründung und dem Besitz von Unternehmen innerhalb des gesamten CSME;
- einem gemeinsamen Außentarif und einer gemeinsamen Handelspolitik;
- der Konvertierbarkeit der Währungen.

Betreffs des letzten Punkts stand die Idee einer gemeinsamen Währung seit der Verabschiedung des revidierten Vertrags im Raum. Dem europäischen Beispiel eines gemeinsamen Markts folgend, scheint eine gemeinsame Währung der nächste logische Schritt zu sein. Die unterschiedliche Struktur regionaler Währungen macht diesen Schritt äußerst schwierig. Manche Länder benutzen bereits dieselbe Währung, den Ostkaribischen Dollar, andere haben ihre Währungen (de facto) an starke internationale Währungen angebunden, wie etwa Trinidad und Tobago oder Barbados, das einen offiziell festgesetzten Wechselkurs hat. Aber wiederum andere Länder wie Jamaika oder Guyana haben eine traditionell schwache Währung. Zusätzliche Unterschiede in der Größe, der wirtschaftlichen Stärke und der wirtschaftlichen Ausrichtung, die weitaus schwerer wiegen als im Falle der Europäischen Währungsunion, bringen die potenziellen Vorteile einer gemeinsamen Währung in Gefahr. Der Plan, bis 2015 eine Währungsunion zu schaffen, kann ohne einen starken politischen Willen wohl kaum am Leben erhalten werden.

Ins Leben gerufen wurde der CSME ursprünglich am 1. Januar 2006 durch sechs CARICOM-Mitgliedstaaten. Heute umfasst er 13 Mitglieder, wobei die Bahamas und Haiti die einzigen CARICOM-Mitglieder sind, die nicht am *Single Market* teilhaben.

Zusammen mit dem CSME gründete die Gemeinschaft 2005 den Karibischen Gerichtshof (CCJ), der als judikativer Zweig der CARICOM dienen soll. Wichtigste Aufgabe des CCJ ist die

Zusammen mit dem CSME gründete die Gemeinschaft 2005 den Karibischen Gerichtshof (CCJ), dessen wichtigste Aufgabe die Interpretation des revidierten Vertrags ist.

Interpretation des revidierten Vertrags, doch fungiert er zur Not auch als Gemeindegerecht. So wie viele andere Einrichtungen des CARICOM-Systems fußen seine Struktur und seine Zielsetzungen auf einem erfolgreichen europäischen Beispiel, in diesem Fall dem Europäischen Gerichtshof.

Neben einem judikativen Zweig hat die CARICOM auch exekutive und legislative Bereiche. Der exekutive Arm besteht hauptsächlich aus dem Generalsekretär, Edwin W. Carrington, der auch Leiter des CARICOM-Sekretariats in Georgetown (Guyana) sowie der Konferenz der Regierungschefs (letztere mit rotierendem Vorsitz) ist.

Der Gemeinschaftsrat, der als legislativer Arm gesehen werden kann, besteht aus für Gemeinschaftsangelegenheiten verantwortlichen Ministern, die von den Mitgliedstaaten ernannt werden. Der Gemeinschaftsrat trägt die Verantwortung für die strategische Planung und Koordinierung der Arbeit der Gemeinschaft, die beispielsweise die Prüfung des CARICOM-Haushalts umfasst.

Abgesehen vom gemeinsamen Markt hat die CARICOM auch andere Projekte in der Region lanciert. Als Beispiel sei die Einführung eines gemeinsamen Passes, des CARICOM-Viums, genannt. Der CARICOM-Pass beabsichtigt, Produktionskosten für die Mitgliedstaaten zu senken, das Reisen innerhalb der Gemeinschaft zu erleichtern und einen Beitrag zur Herausbildung einer gemeinsamen karibischen Identität zu leisten. Der Einband des Passes zeigt das Logo und den Namen der Karibischen Gemeinschaft sowie das Wappen und den Namen des Mitgliedstaates. 2005 eingeführt, wurde der gemeinsame Pass von allen Mitgliedstaaten herausgebracht. (Lediglich einige Länder brauchen noch ihre Bestände an alten Pässen auf.) So wie viele andere Integrationsprozesse hat auch dieser sein Vorbild unverkennbar in der Europäischen Union.

Wenn auch eher ein symbolischer Schritt in Richtung Integration, so war der Pass doch von dem starken Willen begleitet, das Reisen innerhalb der Gemeinschaft durch die Schaffung eines einheitlichen Binnenraums zu erleichtern. Ihre ersten Erfahrungen mit einem solchen Binnenraum machte die CARICOM während der Cricket-Weltmeisterschaft 2007. Da die Spiele im gesamten westindischen Raum durchgeführt wurden, glaubte man, durch ein erleichtertes Einreise- und

innergemeinschaftliches Transferverfahren die Spiele eher zum Erfolg führen zu können. Obschon die Einführung verspätet erfolgte, war das gemeinsame Visum ein Erfolg. Doch mit dem Ende der Spiele im April 2007 endete auch das Experiment eines einheitlichen Binnenraums, glücklicherweise ohne nennenswerte Vorfälle oder Probleme.

Kurz nach der Cricket-Weltmeisterschaft einigte man sich auf dem 28. Gipfeltreffen der CARICOM-Regierungschefs darauf, die CARICOM-Travel Card herauszugeben, die jedem nationalen und rechtlich anerkannten CARICOM-Einwohner angeboten werden soll. Die Travel Card schafft quasi einen einheitlichen Binnenraum für Einwohner innerhalb der Gemeinschaft, indem sie einreise- und reisebedingte Schwierigkeiten verringert und dem Karteninhaber einen Mindestaufenthalt von sechs Monaten in allen Einzelterritorien der CARICOM ermöglicht. Noch hat die CARICOM keinen Termin für die Einführung dieses Systems bekanntgegeben.

Der mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Chaguaramas 1973 begonnene Prozess lässt einen klaren Willen erkennen, in Richtung einer stärkeren Integration der Karibik-Territorien zu gehen. Doch nach der Auflösung der Föderation erschien die politische Integration nie mehr auf der Tagesordnung. Kleine Länder fürchten sich vor dem Einfluss von Regionalmächten, und diese großen Mächte (besonders Jamaika) haben unverändert die Opposition vor Augen, die ihnen durch eine große Zahl kleiner Territorien erwachsen kann.

Der mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Chaguaramas 1973 begonnene Prozess lässt einen klaren Willen erkennen, in Richtung einer stärkeren Integration der Karibik-Territorien zu gehen.

Daher konzentrierten sich regionale Führer auf wirtschaftliche Integration und Kooperation. Die Zielsetzungen der diesbezüglichen Übereinkommen sowie die institutionelle Struktur der CARICOM und ihrer Körperschaften sind nahezu ein Spiegelbild der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften, wenn auch in weit kleinerem Maßstab. Hier ergibt sich eine Gelegenheit für die Europäische Union, ihren Einfluss in der Region zu verstärken und ihre Werte vermitteln zu helfen.

Durch ihre Hilfestellung gegenüber der Karibischen Gemeinschaft könnte die Europäische Union einer Region beistehen, die sich enormen Problemen ausgesetzt sieht. Viele der betroffenen Länder sind klein, was den Aufbau einer auf Vielfalt ausgerichteten Wirtschaft und die zeitgleiche Gründung in-

ternational wettbewerbsfähiger Unternehmen erschwert. Um von Wirtschaften von Rang zu profitieren, benötigen diese Länder Zugang zu Märkten rund um den Globus – ein kostspieliges Unterfangen. Kleine Wirtschaften haben nicht nur im internationalen Wettbewerb einen schweren Stand, sie produzieren auch hohe Kosten für Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen.

Doch stehen diese Länder nicht nur vor unmittelbaren wirtschaftlichen, sondern auch vor schwerwiegenden gesellschaftlichen Problemen. So ist die Karibik beispielsweise die Region mit den höchsten Auswanderungsraten weltweit. Dies wird oft übersehen, da die Gesamtzahl der Migranten im Vergleich zu anderen Regionen klein ist. Obschon diese Migranten den Export zu fördern helfen und Überweisungen tätigen, sind die Auswirkungen insgesamt deutlich negativ. Hohe und in der Zukunft wohl noch steigende Infektionsraten mit HIV/AIDS stellen darüber hinaus ein soziales Problem dar, das seine vollen Auswirkungen bislang noch nicht gezeigt hat.

Der Klimawandel und ein ansteigender Meeresspiegel sind in der Folge ein weiteres immer bedeutender und drängender werdendes Thema. Ein niedriges Geländeniveau der Inseln und wichtige, ans Meer angebundene Industriebereiche (Tourismus, Fischerei) machen diese Länder gegenüber einem sich wandelnden Klima verwundbarer als viele andere in der Welt. Doch anders als die Niederlande, verfügen die Karibischen Inseln nicht über die finanzielle und technologische Ausstattung, um sich auf einen ansteigenden Meeresspiegel einzustellen. Viele Wissenschaftler glauben zudem, dass die Zahl und das Ausmaß von Hurricans in den kommenden Jahrzehnten zunehmen wird.

Alle diese Probleme könnten dem wirtschaftlichen Potenzial der Länder der Region ernsthaften Schaden zufügen, doch ist keines dieser Probleme unvermeidbar. Mit den richtigen Technologien und finanziellen Ausrüstungen könnte all diesen Problemen begegnet werden.

Trotz der Bedrohungen haben es die Länder noch geschafft, wirtschaftliches Wachstum zu generieren und zu erhalten sowie die Menschenrechte, eine religiöse Vielfalt und starke demokratische Standards zu sichern – mit Haiti als einziger Ausnahme.

Trotz der genannten Bedrohungen haben es die besagten Länder noch geschafft, wirtschaftliches Wachstum zu generieren und zu erhalten sowie die Menschenrechte, eine religiöse Vielfalt und starke demokratische Standards zu sichern – mit Haiti als einziger Ausnahme. Das

Erreichte zu erhalten sollte eines der Kernanliegen der westlichen Welt sein. Dies besonders, seit Venezuela und dessen sozialistisches Regime ihren Einfluss in der Karibik durch ihr *Petrocaribe*-Projekt zu verstärken suchen.

VENEZUELA VERSTÄRKT SEINEN EINFLUSS: *PETROCARIBE*

Im Jahre 2005 startete Venezuela *Petrocaribe*, ein Projekt zur Belieferung der Karibik mit Öl zu Vorzugsbedingungen. Obwohl Venezuela sein Öl nicht unter dem Marktniveau verkaufen darf, da dies gegen die OPEC-Regeln verstoßen würde, bietet es den beteiligten Ländern eine langfristige Rückzahlung auf Niedrigzinsbasis. Bis jetzt sind alle CARICOM-Mitgliedstaaten außer Trinidad und Tobago, das selbst Ölexporteur ist, sowie Barbados *Petrocaribe* beigetreten. Hinzugekommen sind auch Kuba und die Dominikanische Republik sowie einige mittelamerikanische Staaten wie Honduras und Guatemala. Weitere Länder in der Großregion erwägen ihren Beitritt in naher Zukunft.

Petrocaribe mag wie ein netter Deal klingen, aber das Projekt hat eine Reihe von Bedingungen im Schlepptau. Das Öl wird zu Marktpreisen verkauft, aber 40 Prozent des Preises werden in ein Darlehen mit einer Rückzahlfrist zwischen 17 und 25 Jahren und einer Zinsrate von einem Prozent umgewandelt. Dies erklärt die Attraktivität, die der Plan für manche Regierungen hat: Er kann helfen, laufende Regierungsausgaben dadurch zu erhöhen, dass zukünftigen Generationen zusätzliche Belastungen auferlegt werden. Hon. Anthony Wood, seinerzeit Minister für Energie und Öffentliche Angelegenheiten von Barbados, hob diesen Punkt hervor, als er eine Erklärung zu *Petrocaribe* kurz nach dessen Einführung abgab. Während Barbados für seine langfristige finanzielle Stabilität bekannt ist, vermögen diese „Rabatte“ auf den Ölpreis Regierungen anzulocken, die keinen solch weiten Planungshorizont wie Barbados haben.

***Petrocaribe* mag wie ein netter Deal klingen, aber das Projekt hat eine Reihe von Bedingungen im Schlepptau.**

Aber auch mit diesen Langzeitschulden könnte *Petrocaribe* interessant sein, da viele Regierungen in diesem Bereich Darlehen für Langzeitinvestitionen aufnehmen. Die wirklichen Probleme kommen mit den zusätzlichen Bedingungen, die mit *Petrocaribe* verbunden sind.

Ein Aspekt dieser Bedingungen ist der „Soziale und Wirtschaftliche Entwicklungsfonds“, der durch die Unterzeichner des *Petrocaribe*-Projekts ins Leben gerufen wird, dessen Ziele durch die venezolanische Regierung indes erst noch festzulegen sind. Venezuela sieht auch eine Finanzausstattung (*funding*) als Grundstock vor, erwartet aber Zahlungen seitens der Käuferregierungen. Es ist zu erwarten, dass die Projekte dieses Fonds mit der sozialistischen Regierungslinie Venezuelas im Einklang stehen. Ein weiterer Aspekt ist die Implementierung eines Programms zur Erhöhung der Energieeffizienz, aber anders als beim Fond muss dieses Programm im Hinblick auf seine Ziele und sein *funding* noch mit Leben gefüllt werden. Wahrscheinlich ist dieses Programm zur Erhöhung der Energieeffizienz nichts als leeres Gerede ohne eine wirkliche Absicht, die Abhängigkeit der Karibik vom Öl zu verringern, was ja den Interessen Venezuelas kaum entsprechen dürfte. Dies würde erklären, warum die Implementierung des Programms bislang nicht über seine Ankündigung hinaus ge-diehen ist.

Doch der wichtigste Aspekt der Bedingungen ist der, dass PDV Caribe, das für die Durchführung des *Petrocaribe*-Projekts verantwortliche staatliche venezolanische Unternehmen, nur mit Regierungseinrichtungen Handel zu treiben gedenkt. In den meisten Teilnahmeländern befindet sich die Infrastruktur des Ölhandels in der Hand von Privatunternehmen. Dies bedeutet, dass diese Länder neue Terminals und eine neue Infrastruktur bauen müssen, um an *Petrocaribe* teilzuhaben.

Angesichts des Umstands, dass sich die betroffenen Länder zu meist in einer finanziell schwierigen Situation befinden, hat die venezolanische Regierung angeboten, in diese Infrastruktur zu investieren. Dies bedeutet, dass Venezuela Langzeitverträge mit karibischen Ländern abschließt, um diese mit Öl zu beliefern, das Öl in venezolanische Schiffe zu laden und die Ladung an Terminals zu löschen, deren Eigentümer die venezolanische Regierung ist. Dies würde die Privatinvestitionen in die bestehende Infrastruktur gefährden. Im Zusammenspiel mit der deutlich formulierten Absicht der venezolanischen Regierung, die Ölindustrien der teilnehmenden Länder zu verstaatlichen, könnte das Programm zu einer umfassenden Ölabhängigkeit dieser Länder von Venezuela führen.

Die Gründe, dem Programm beizutreten, wurden bereits beleuchtet. Im Kern geht es um billige Darlehen mit langer Laufzeit. Die mit *Petrocaribe* verbundenen Probleme sind weniger unmittelbar und wurden von Barbados in der Tat nur teilweise herausgestellt. (Trinidad und Tobago tritt dem Programm mit Blick auf seinen eigenen Ölexport nicht bei.)⁷ Die meisten Argumente gegen *Petrocaribe* können allenfalls aus einer sehr langfristigen Perspektive heraus betrachtet werden: Venezuelas Ziel ist es, seinen Einfluss in der Region zu verstärken und sein wirtschaftliches und politisches System zu fördern. Die Länder in der Region, die dafür bekannt waren, stabile Demokratien zu sein, die Menschenrechte zu achten, Religionsvielfalt sicherzustellen und ihren Bürgern fundamentale Freiheiten zu gewähren, sind auf dem Weg, diese Errungenschaften für (im Grunde nicht wirklich) billiges Öl zu verkaufen.

Die meisten Argumente gegen *Petrocaribe* können allenfalls aus einer sehr langfristigen Perspektive heraus betrachtet werden: Venezuelas Ziel ist es, seinen Einfluss in der Region zu verstärken und sein wirtschaftliches und politisches System zu fördern.

Es sollte klar sein, dass *Petrocaribe* nicht auf einer rein humanitären Sorge fußt, sondern Teil der venezolanischen Strategie zur Stärkung des eigenen Einflusses in der Region ist. (Banco del Sur, die Bank des Südens, ist ein weiteres Beispiel.)

Die Karibische Gemeinschaft und die gesamte karibische Region sehen sich gewaltigen Problemen gegenüber, von denen einige in zunehmendem Maße an Bedeutung gewinnen. Doch die Welt ist an dieser abgelegenen Gegend nicht interessiert. Nur wenn Hurricans die Region treffen, schenken die Medien weltweit den dortigen Entwicklungsländern Aufmerksamkeit. Dass die meisten dieser Länder bereits das aufgebaut haben, was wir im Nahen Osten oder in Teilen Afrikas zu implementieren bemüht sind, macht es für sie gar noch schwieriger. Obwohl sie „Musterschüler der Klasse“ sind, erhalten diese Länder weder genügend Aufmerksamkeit bei der Inangriffnahme der sich ihnen immer noch stellenden Probleme noch bekommen sie Kredite für das bereits von ihnen Erreichte. Dies macht sie anfällig für die Bestrebungen Venezuelas, die eigene Dominanz in der Region zu verstärken. Die westliche

7 | Barbados ist ebenfalls ein eher unbedeutender Ölproduzent und muss große Teile seines Ölbedarfs importieren. Hauptexporteur in Richtung Barbados ist Trinidad und Tobago, mit dem Barbados langfristige Verträge hat. Dies mag ein weiterer Grund für Barbados sein, *Petrocaribe* nicht beizutreten.

Gemeinschaft sollte dies nicht zulassen, sondern der Region die Perspektive für eine Zusammenarbeit geben, vor allem in Form einer Hilfe bei ihrer wirtschaftlichen und politischen Integration.

CARICOM, DIE KARIBIK UND EUROPA

Die Europäische Union sollte eine starke Rolle bei der Hilfe gegenüber der Region übernehmen, anderenfalls könnte diese in die Hände Venezuelas und seiner sozialistischen Regierung abgeleiten.

Die Europäische Union sollte selbst eine starke Rolle bei der Hilfe gegenüber der Region übernehmen, anderenfalls könnte diese in die Hände Venezuelas und seiner sozialistischen Regierung abgeleiten. Europa sollte der Region eine Perspektive geben, besonders im Rahmen des Cotonou-Abkommens und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.⁸

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) sind eine Reihe von Abkommen zur Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und den ACP-Ländern.⁹ Ein solches Abkommen kann seine Wirkung nur entfalten, wenn es die WTO-Regeln einhält, insbesondere in Bezug auf die Rechte, die die EU diesen Ländern gewähren möchte, um wichtige Bereiche ihrer Wirtschaft zu schützen. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurden durch die WTO-Doha-Entwicklungsrunde beeinflusst, die 2001 einsetzte, ohne bislang Ergebnisse erzielt zu haben. Dies lief den EPA-Gesprächen zuwider, denn eine Absicht war es ja, ein System zu schaffen, das die WTO-Regeln beachtete.

Das erste Wirtschaftspartnerschaftsabkommen trat am 1. Januar 2008 in Kraft. CARIFORUM¹⁰, die Plattform, auf der die Europäische Union und einige Karibik-Länder sich treffen, um diese Angelegenheiten zu erörtern, war die erste Gruppe von Ländern innerhalb der ACP, die ein derartiges Abkommen zustande brachte. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ermöglicht den zollfreien Export zahlreicher Erzeugnisse aus

8 | Das Cotonou-Abkommen setzt einen stärkeren Akzent auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte usw. als die Lomé-Konvention, die dieses im Jahre 2000 ersetzt hat. Die Lomé-Konventionen wurden 1976 aufgesetzt, um den Export aus vorwiegend ehemaligen europäischen Kolonien nach Europa zu erleichtern.

9 | Die ACP-Länder sind 79 Entwicklungsländer in Afrika (A), der Karibik (C) und der Pazifikregion (P). Viele dieser Länder sind unterentwickelte Staaten, Inselstaaten oder Binnenstaaten.

10 | CARIFORUM umfasst die Europäische Union, CARICOM und die Dominikanische Republik.

der Karibik in die EU. Zwei der wichtigsten karibischen Erzeugnisse, Reis und Zucker, werden 2010 aufgenommen. Doch ist dieses EPA allenfalls ein „Interims“-Abkommen, wie selbst die Europäische Union, zumal angesichts der die Doha-Entwicklungsrunde der WTO betreffenden Probleme, herausstellte. Das EPA ist überaus wichtig für die Region, beträgt doch die Menge der von dieser Handelsliberalisierung betroffenen Waren über 60 Prozent des Werts im Verlauf der letzten zehn Jahre. Die Angaben für Dienstleistungen sind vergleichbar, wobei die meisten Länder um die 50 bis 80 Prozent Deckung ihrer Dienstleistungsindustrie erzielen. Wenngleich nur vorübergehend, so enthält das Abkommen doch alle für ein Freihandelsabkommen notwendigen Merkmale einschließlich Mechanismen zur Regelung von Streitigkeiten.

Doch die Karibik braucht nicht nur Verhandlungen in Handelsfragen, sondern auch Hilfe bei der institutionellen Entwicklung. Die Europäische Union sollte ihre Zusammenarbeit mit der CARICOM verstärken, um innerhalb der Karibischen Gemeinschaft Institutionen aufzubauen. Da alle wichtigen Einrichtungen innerhalb der CARICOM ihr Vorbild in der Europäischen Union haben, kann der Transfer von Wissen bei der Effizienzstärkung karibischer Institutionen hilfreich sein. Dies würde nicht nur den Ländern in der Karibik helfen, sondern auch ein Anreiz für andere Regionen in der Welt sein, an einer wirtschaftlichen und politischen Integration zu arbeiten, die auf den europäischen Erfahrungen basiert.

Die CARICOM hat bereits einen langen und erfolgreichen Weg hinter sich, aber die Geschichte hat gezeigt, dass die karibische Integration in kleinen Schritten verläuft und weiter reichende Änderungen Jahrzehnte in Anspruch nehmen, bevor sie vollzogen werden. Europa könnte helfen, die menschliche Entwicklung in der Karibischen Gemeinschaft anzuspornen, indem sie nachhaltiges Wirtschaftswachstum und ein Mehr an Fortschritt in den Bereichen Menschenrechte, starke Demokratie und individuelle Freiheiten fördert. Dies wäre nicht nur ein Anreiz für weitere Länder der Region, dem Integrationsprozess beizutreten, sondern würde auch den Einfluss Venezuelas zurückdrängen. Venezuela hat der Region mit *Petrocaribe* ein Angebot unterbreitet, dass viele Länder interessant finden. Europa sollte diesem Angebot mit seinem eigenen Hilfsplan für die Region entgegentreten, einem Plan, der nicht künftigen Generationen Lasten auferlegt und den Ländern die Ver-

Die CARICOM hat bereits einen langen und erfolgreichen Weg hinter sich, aber die Geschichte hat gezeigt, dass die karibische Integration in kleinen Schritten verläuft und weiter reichende Änderungen Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

staatlichung ganzer Bereiche ihrer Industrien vorschreibt, sondern der Karibik eine gerechte Perspektive aufzeigen würde. Eine Perspektive, frei und ohne Gefährdung der heimischen Industrie Handel zu treiben, eine Perspektive, institutionelle Hilfe dort zu erhalten, wo sie vonnöten ist, eine Perspektive, langfristige Entwicklungsabkommen abschließen zu können.

Dies ist weniger eine Frage des Geldes als vielmehr eine des politischen Willens. Europa sollte seine Augen nicht vor einer schwachen Region verschließen, die auf dem Weg ist, sich näher an Venezuela zu binden – an ein Land, das von einem autoritären Führer geleitet wird, der das Potenzial der Wirtschaft des eigenen Landes durch die Verstaatlichung führender Industriebereiche und die Schaffung eines von Risiken geprägten Investitionsklimas nach unten treibt.¹¹ Durch die Förderung seines eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems könnte Venezuela vielen karibischen Ländern Schaden zufügen, die auf Privatbesitz, Menschenrechten, freien Wahlen und kultureller Vielfalt basieren. Europa sollte sein Interesse an seinen früheren Kolonien erneuern, von denen einige unterentwickelte Länder sind.

Die Karibik steht vor zahlreichen Problemen von Entwicklungsländern im weiteren Sinn. Aus vielen kleinen Einheiten zusammengesetzt, vermag es keine globalen Entwicklungen zu beeinflussen, sondern muss mit Entscheidungen leben, die in Europa oder den USA getroffen werden. Es kann sich nur diesen Herausforderungen anpassen und hat sich hierbei bislang auch recht tapfer geschlagen. Aber wir sollten die Herausforderungen, die wohl noch kommen werden, nicht unterschätzen – Herausforderungen, die die Region überfordern könnten. Europa sollte daher die Karibik auf ihrem Weg hin zu einer künftigen Integration unterstützen. Dies könnte auf finanziellen Wege geschehen, aber vor allem durch Personalthilfe, um einen Wissenstransfer zu organisieren. Der Grund, warum viele karibische Einrichtungen ihr europäisches Pendant haben, liegt im Erfolg der Europäischen Gemeinschaften. Dies könnte die Karibik in ihrem Vermögen stärken, die kommenden Probleme zu lösen, ohne auf die

11 | Der jüngste Wirtschaftsaufschwung, der die Bemühungen Venezuelas beflügelt hat, seinen Einfluss in der Region zu verstärken, beruht lediglich auf „Glücksgewinnen“ der Ölförderung des Landes, doch selbst die Produktion von Öl war in den letzten Jahren rückläufig.

schleichenden Angebote reagieren zu müssen, die Hugo Chávez unterbreitet.

Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Benedikt M. Helfer